

## Kritik an der Selbstverwaltung

# Schmerzmediziner fürchten Unterversorgung

Die Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin fordert eine rechtssichere Bedarfsplanung - so sollen der Facharzt für Schmerzmedizin eingeführt und die Fehlanreize zugunsten operativer Eingriffe abgeschafft werden.

**Berlin.** Deutschlands Schmerzmediziner appellieren an die ärztliche Selbstverwaltung, die schmerzmedizinische Versorgung in Deutschland zu sichern. Anlässlich ihres Schmerz- und Palliativtags macht sich die Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V. (DGS) für eine rechtssichere Bedarfsplanung stark. Dafür sollen der Facharzt für Schmerzmedizin eingeführt, der medizinische Nachwuchs gefördert und Fehlanreizen zugunsten operativer Eingriffe abgeschafft werden, heißt es in einer DGS-Mitteilung von Montag.

Die Gesellschaft weist darauf hin, dass es hierzulande zwar rund vier Millionen Menschen mit schweren chronischen Schmerzen gebe, aber nur etwa 1.200 ambulant tätige Schmerzmediziner. „Diese unzureichende Versorgungssituation wird sich in Zukunft weiter verschärfen“, schlägt die Gesellschaft Alarm.

## Rückgang stationärer Angebote

Einerseits werde aufgrund der anstehenden Krankenhausreform mit einem Rückgang der stationären schmerzmedizinischen Angebote gerechnet. Andererseits würden in den kommenden Jahren etwa 50 Prozent der Ärztinnen und Ärzte im Rentenalter sein. Gleichzeitig nehme die Anzahl von Menschen mit chronischen Schmerzen, unter anderem aufgrund der demographischen Entwicklung, weiter zu.

Derzeit gebe es keine Bedarfsplanung für die Schmerzmedizin, was die Nachbesetzung von Arztsitzen mit schmerzmedizinischer Spezialisierung unsicher mache, sagte Dr. Johannes Horlemann, Präsident der Gesellschaft. Bereits im Jahr 2018 habe der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ein Gutachten zur Bedarfsplanung für die Schmerzmedizin angenommen.

## Fehlversorgung bei Rückenschmerzen

„Trotz dieses Gutachtens unternimmt die ärztliche Selbstverwaltung nichts, um die Versorgung sicherzustellen“, so Horlemann. „Wir streben den Facharzt für Schmerzmedizin

nicht an, weil wir einen zusätzlichen Facharzt wollen, sondern um eine rechtssichere Bedarfsplanung für die Versorgung zu schaffen.“

Gerade im Bereich Rückenschmerzen komme es häufig zu einer Fehlversorgung, beispielsweise durch unnötige operative Eingriffe. Eine Studie von Überall et al. habe gezeigt, dass in einem strukturierten Zweitmeinungsverfahren nur in 4,5 % der Fälle die Indikation für eine Wirbelsäulenoperation bestätigt wurde, was darauf hinweist, dass zu viele Patienten operiert würden, so die DGS. (*eb*)